

## Eine Abrechnung mit Erhard

Zu Ehrenbergs „Erhard-Saga“<sup>1)</sup>

### I

Professor *Ludwig Erhard* hat kaum eine Gelegenheit vorübergehen lassen, die Interessenverbände zu kritisieren. Immer wieder hat er in seinen Reden die politische Geltendmachung von Interessen diffamiert, ja seine Zuhörer zuletzt noch auf einer CDU-Veranstaltung in Dortmund aufgefordert, sich von den Interessenverbänden frei zu machen — als ob es nicht das besondere Kennzeichen einer Demokratie wäre, daß in ihr die Staatsbürger das Recht besitzen müssen, ihre Interessen gegenüber der staatlichen Verwaltung nachdrücklich zu vertreten. Es ist erstaunlich, daß die Interessenverbände Erhard bisher gewähren ließen und diesen auf ihren Lebensnerv zielenden Äußerungen nicht wirksamer entgegengetreten sind. Eine Neuerscheinung auf dem Markt der politischen Literatur deutet an, daß die Geduld der Verbände gegenüber Erhards Vorwürfen keineswegs grenzenlos ist. Diese bisher fundierteste Auseinandersetzung mit der wirtschaftspolitischen Theorie und Praxis des Marktwirtschaftlers Erhard stammt nicht aus der Feder eines Marxisten, sondern eines Keynesianers, der die Marktwirtschaft — *richtig gehandhabt* — für die beste aller bisher erfundenen Wirtschaftsordnungen hält.

Dr. *Herbert Ehrenberg*, den Lesern dieser Zeitschrift durch seine wirtschaftspolitischen Aufsätze gut bekannt, beginnt seine Arbeit mit einer Auseinandersetzung mit dem Begriff der Marktwirtschaft und einer vorzüglichen Analyse der Wirtschaftsentwicklung in den fünfziger Jahren, wobei sich der Autor als Vertreter einer weniger an abstrakten Modellen als an harten Fakten orientierten modernen Nationalökonomie erweist. Den Schluß bilden eigene Vorschläge Ehrenbergs für die künftige Wirtschaftspolitik. Das Schwergewicht der Arbeit liegt jedoch bei der Behandlung der Wirtschaftspolitik in den Jahren 1961 bis 1964.

### II

Für die Zeit, in der Erhard Bundeswirtschaftsminister war, zerstört Ehrenberg liebgewordene Illusionen: Von 1950 bis 1960 stieg das Pro-Kopf-Einkommen der Selbständigen um 200, das der Arbeitnehmer aber nur um 112 vH. Das Wachstum der Verbrauchsgüterindustrie blieb hinter dem der Investitionsgüterindustrie zurück. Nach erfolgtem Wiederaufbau hätte der Verbraucher stärker in den Vordergrund gerückt werden müssen, als das tatsächlich geschah. Die Vermögensbildung der Unternehmer wurde durch verschiedene Gesetzgebungsakte erfolgreich gefördert; das Vermögensbildungsgesetz, welches die Arbeitnehmer begünstigen sollte, blieb praktisch ohne Anwendung. Die D-Mark-Aufwertung im Frühjahr 1961 erfolgte zu spät und in zu geringem Ausmaß. Von den Exportüberschüssen gingen Jahr für Jahr Teuerungstendenzen aus; ein für Preissteigerungen freundliches Wirtschaftsklima aber begünstigt allein die Unternehmer.

### III

Einer der Höhepunkte der „Erhard-Saga“ ist die Analyse einer von Funk und Fernsehen übertragenen Erhardrede vom März 1962. Sie erschien für Erhards Ansichten deshalb besonders repräsentativ, weil sie kein Zufallsprodukt war, sondern der damalige Bundeswirtschaftsminister ihr großes Gewicht beimaß, wie schon die einleitenden Worte zeigen: „Ich wende mich an das deutsche Volk in einer ernsten Stunde.“

1) Herbert Ehrenberg: Die Erhard-Saga, Analyse einer Wirtschaftspolitik, die keine war. Seewald Verlag, Stuttgart 1965. 272 S., Ln. 18,50 DM.

## EINE ABRECHNUNG MIT ERHARD

Ehrenberg vergleicht Erhards Worte mit der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung, deren Mitglied er ist. Es muß in der Tat widersprüchlich erscheinen, wenn Erhard die Fortentwicklung einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaftsordnung empfiehlt, „die mehr Gemeinsinn für Gemeinschaftsaufgaben erfordert“, und gleichzeitig die für Gemeinschaftsaufgaben vorgesehenen Etatposten für Wohnungsbau und Siedlungsförderung im Bundeshaushalt 1962 um 2,7 vH gegenüber dem Vorjahr herabgesetzt werden.

In der gleichen Rede warnte Erhard davor, „mehr verbrauchen zu wollen als das Volk an realen Werten erzeugen kann“. Ehrenberg aber weist nach, daß die Deutschen keineswegs verbrauchssüchtig sind. Die Verbrauchsquote in der Bundesrepublik ist von 64,7 vH im Jahre 1950 auf 57,3 vH in den Jahren 1961 und 1962 zurückgegangen. Die Spareinlagen in der Bundesrepublik beliefen sich 1961 bereits auf 60 Md. DM. Zehn Jahre zuvor waren es erst 5 Md. DM. Erhard hätte, wenn überhaupt ein Maßhalteappell erforderlich war, ihn *an die Regierung* adressieren müssen, denn der deutsche Staatsverbrauch stieg jeweils gegenüber dem Vorjahr im Jahre 1960 um 12,4 vH, 1961 um 13,7 vH und 1962 um 14,2 vH. Dagegen betrug die gleichzeitige Zuwachsrate des privaten Verbrauchs nur 9,2, 9,8 und 9,0 vH.

Erhard nannte die steuerliche Belastung in der Bundesrepublik „übermäßig hoch“. Ehrenberg zufolge lag der höchste Steuersatz bei der Einkommensteuer zu jener Zeit in Frankreich bei 71,5, in den Vereinigten Staaten bei 88,0 vH und in Großbritannien bei 88,75 vH, dagegen in der Bundesrepublik nur bei 53 vH.

Erhard erklärte, durch das Auseinanderklaffen der Zuwachsraten des privaten Einkommens und der Produktivität komme es „zwangsläufig zu Preissteigerungen“. Ehrenberg verweist demgegenüber darauf, daß im Jahre 1961 die vom Staat und von privaten Investoren ausgehende Nachfragesteigerung mit Zuwachsraten von 14,0 und 14,3 vH weit eher geeignet gewesen seien, Preissteigerungen auszulösen, als der private Verbrauch, dessen Zuwachsrate nur 9,8 vH betrug.

Erhard erklärte, „daß die nicht entnommenen Gewinne von 1960 auf 1961 um rund 18 vH zurückgegangen sind“. Ehrenberg macht darauf aufmerksam, daß die vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Zahlen zur gleichen Zeit einen Zuwachs der nicht entnommenen Gewinne um 1,4 vH ausweisen.

Auf Erhards Ansicht, „es widerspricht dem innersten Wesen einer demokratisch-parlamentarischen Ordnung, die Stabilität der Währung dem Ermessensspielraum von Tarifpartnern zu überantworten“, erwidert Ehrenberg, daß die inflationären Einflüsse nicht vom Verhalten der Tarifpartner ausgegangen seien. Der Schwund der D-Mark-Kaufkraft im eigenen Land sei vor allem auf den Exportüberschuß zurückzuführen. Durch den Devisenzustrom von draußen habe sich die Liquidität im Inland erhöht. Zugleich sei das Warenangebot auf dem Binnenmarkt infolge der ständigen Ausführüberschüsse verringert worden. Dies seien die wirklichen Ursachen der Preissteigerungen.

Wieviel Erhard deklamiert und wie wenig er praktisch handelt, dafür führt Ehrenberg eine Reihe von Beispielen an. Wenige Tage nach dem pathetischen Aufruf Erhards zur Stabilisierung gaben das Volkswagenwerk, die Daimler-Benz AG und die NSU-Werke gleichzeitig erhebliche Erhöhungen ihrer Absatzpreise bekannt. Versuche Erhards, die Werke zur Zurücknahme der Preiserhöhungen zu bewegen, schlugen fehl. Das am 5. April 1962 im Deutschen Bundestag vorgelegte Programm zur Konjunkturstabilisierung enthielt lediglich Dämpfungsmaßnahmen für den Bausektor, und auch diese wurden noch durch zahlreiche Ausnahmebestimmungen ausgehöhlt.

## IV

Am 26. Februar 1963 übergab die Regierung endlich dem Parlament und der Öffentlichkeit einen ersten Bundeswirtschaftsbericht. Darin heißt es unter anderem, daß sich „ein fundamentaler Wandel der außenpolitischen Position“ vollzogen habe. Jedoch verschwand der bisherige Ausführüberschuß der Bundesrepublik nicht, er ermäßigte sich lediglich von 6,8 Md. DM im Jahre 1961 auf 3,9 Md. DM im Jahre 1962. Für die Steigerung des Preisniveaus wurde im ersten Bundeswirtschaftsbericht die „erhöhte

Verbrauchsneigung" verantwortlich gemacht. Tatsächlich blieb die Sparquote 1961 und 1962 unverändert auf einer Höhe von 9 vH.

Die Einstellung der Bundesregierung zu den die Konjunktur immer wieder anheizenden Ausgabensteigerungen der öffentlichen Hand ist befremdend. Im ersten Bundeswirtschaftsbericht heißt es: „Preissteigerungen müßten vor allem dann befürchtet werden, wenn es nicht gelingt, die Ansprüche der öffentlichen Hand in vertretbaren Grenzen zu halten.“ Ehrenberg bemerkt dazu: Die Verfasser des Bundeswirtschaftsberichtes sprechen von der öffentlichen Hand in einer Art und Weise, als trügen zwei völlig verschiedene Institutionen die Verantwortung für den Bericht und die Ausgabengestaltung der öffentlichen Hand. Aber für den Bundeswirtschaftsbericht zeichnet die Bundesregierung verantwortlich. Es sei ein institutioneller Anachronismus, wenn in einem Bericht der Bundesregierung der öffentlichen Hand „Empfehlungen“ erteilt werden.

Der Bundesregierung gelang es auch späterhin nicht, das Anschwellen des eigenen Etats zu stoppen. Auch im zweiten Bundeswirtschaftsbericht, der im Dezember 1963 herauskam, zwei Monate nach dem Wechsel Erhards vom Minister- auf den Kanzlersessel, wurde die öffentliche Hand mit Empfehlungen bedacht, als habe die Bundesregierung keine andere Möglichkeit, zumindest auf die Ausgabengestaltung des Bundes Einfluß zu nehmen.

Bei den Vorausschätzungen, die in den beiden Bundeswirtschaftsberichten enthalten sind, konnte Ehrenberg gewisse bezeichnende Fehler feststellen: Die Einfuhren wurden in der Regel zu hoch, die Ausfuhren in der Regel zu niedrig eingeschätzt. Dadurch ergab sich ein düsteres Bild der deutschen Außenhandelsposition, das der Wirklichkeit nicht gerecht wurde.

## V

Ständig hat die Bundesrepublik mit ihren *Außenhandelsüberschüssen* zu kämpfen. Aber den Ratschlägen von Fachleuten, wie diese Überschüsse zu beseitigen sind und wie das Warenangebot auf dem Binnenmarkt zu vergrößern wäre, steht die Bundesregierung unter Erhard zurückhaltend gegenüber, wie Ehrenberg an Beispielen aus dem vergangenen Jahr zeigt. — Im April 1964 empfahl der *Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* der Bundesrepublik „die Einfuhren zu fördern, und es sollte alles vermieden werden, was die Ausfuhren noch begünstigt... Außerdem wird (der Bundesrepublik) empfohlen, die Einfuhren von Agrarerzeugnissen durch jede geeignete Maßnahme zu erleichtern“.

Als das Bundeskabinett aber am 13. Mai 1964 beschloß, die Zölle auf Einfuhren aus EWG-Ländern um 50 vH herabzusetzen, galt dieser Beschluß nur für gewerbliche Waren. Wenige Wochen später kündigte Bundeswirtschaftsminister *Schmücker* für diesen Bereich noch zahlreiche Ausnahmeregelungen an. Es geschah nichts, um entsprechend den EWG-Empfehlungen die bestehenden Ausfuhrförderungen zu verringern. In Einzelfällen wurden bestehende Ausfuhrvergünstigungen sogar noch verbessert.

Für einen Nationalökonom ist Erhard dann am wenigsten verständlich, wenn er seine Gedanken über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Tätigkeit der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik äußert. Erhard: „Wir wären durchaus in der Lage,... unsere Arbeit allein zu erfüllen, sogar ohne Fremdarbeiter, und wir werden dann endlich einmal von dieser Seite auch einen Einfluß auf die Stabilität der Preise ausüben.“ Ehrenberg meint dazu, daß die Mehrzahl der in der Bundesrepublik beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer erhebliche Teile ihres hier verdienten Lohnes nach Hause schickt. Es waren im Jahre 1963 mehr als 1 Md. DM. Die deutsche Zahlungsbilanz wurde um diesen Betrag entlastet. Wären die deutschen Arbeitnehmer jenem Münchener Appell des Bundeskanzlers nachgekommen und hätten sie tatsächlich

zwei bis drei Stunden in der Woche länger gearbeitet, um so die ausländischen Arbeitskräfte überflüssig zu machen, so hätten sie um mindestens diesen Betrag die Nachfrage nach Konsumgütern auf dem deutschen Binnenmarkt erhöht. Dort hätte aber jede Mehrnachfrage zu weiteren Preissteigerungen geführt. Ehrenberg: Die Ausführungen Professor Erhards über den Zusammenhang zwischen der Beschäftigung von Gastarbeitern und der Stabilität der Preise sind nicht nur bedenklich, sondern schlicht und einfach falsch.

Falsch ist auch die im zweiten Bundeswirtschaftsbericht vertretene Ansicht, wonach „der Importsog aus den Ländern mit erheblichen Preissteigerungen als treibende Kraft“ für das weitere Ansteigen der deutschen Ausfuhr verantwortlich zu machen sei. Tatsächlich wiesen die am stärksten inflationierenden Länder Italien und Frankreich rückläufige Zuwachsraten bei ihren Einfuhren auf. Dagegen zeigten die bundesdeutschen Ausfuhren in EFTA-Länder und in die USA, in denen ein stabiles Preisniveau herrschte, einen erheblichen Anstieg der Zuwachsraten.

Im Juni 1964 erklärte Erhard im Bundestag: „Wie oft ist auch in diesem Hause empfehlend von antizyklischer Konjunkturpolitik gesprochen worden, und wie wenig ist dabei herausgekommen.“ Ehrenberg meint dazu lakonisch: Wenn der damals seit neun Monaten amtierende Regierungschef, der vorher vierzehn Jahre verantwortlich das Wirtschaftsressort geleitet hat, eine solche Feststellung trifft, dann zeigt das die ganze Misere der deutschen Politik.

Unverständlich ist dem Marktwirtschaftler Ehrenberg, daß der Marktwirtschaftler Erhard die Preisbindung der zweiten Hand nicht beseitigt hat. Ein besonderer Anlaß wäre Erhard dabei sehr entgegengekommen. Im Sommer 1964 brach plötzlich die Preisbindung zahlreicher Markenartikel zusammen. In vielen Großstädten verkauften die Einzelhändler Markenschokolade und Markenspirituosen 20 bis 30 vH unter den bisherigen Preisen. Aber, so schreibt Ehrenberg, weder Bundeskanzler Erhard noch Bundeswirtschaftsminister Schmücker dachten daran, die Preisbindung der zweiten Hand zu liquidieren. Zur gleichen Zeit wurde über eine Novellierung des Kartellgesetzes beraten. Aber eine Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand sah weder der Referententwurf noch der Kabinettsentwurf der Kartellrechtsnovelle vor.

Mangelhafter Wettbewerb, wachsende Staatsausgaben und permanente Liquiditätszuflüsse aus dem Ausland wirkten zusammen, um die Kaufkraft der D-Mark auszuhöheln. Der amtliche Index der Lebenshaltungskosten für den Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt stieg von 85,3 vH im Jahre 1954 auf 105,4 vH im Jahre 1964. In diesen zehn Jahren verlor die D-Mark 20 vH ihrer Kaufkraft, davon in den letzten fünf Jahren allein 11,5 vH. „Das Bemühen um ein stabiles Preisniveau steht an der Spitze der wirtschaftspolitischen Rangordnung“, hieß es in der Regierungserklärung Erhards. Aber: Die jährlichen Preissteigerungen haben die Bezieher kleiner Einkommen stärker getroffen als die Bezieher mittlerer und hoher Einkommen. Die Preissteigerungen waren bei den Gütern des unelastischen Bedarfs am größten.

Neben Vollbeschäftigung, wirtschaftlichem Wachstum und Geldwertstabilität gilt Ehrenberg die gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung als Hauptziel moderner Wirtschaftspolitik. Er betont, daß drei Viertel des gesamten Vermögenszuwachses in der Bundesrepublik auf nur 17 vH der Haushalte entfielen. Der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen blieb während der fünfziger Jahre auf rund 60 vH begrenzt, obwohl gleichzeitig die Zahl der Selbständigen ab- und die Zahl der Arbeitnehmer zunahm. Das Einkommen des Arbeitnehmers stieg in den zehn Jahren von 1950 bis 1960 im Durchschnitt von 3156 auf 6703 DM, aber das des Selbständigen von 4619 auf 13 871 DM. Das durchschnittliche Selbständigeneinkommen betrug 1950 erst rund 146 vH des Arbeitnehmereinkommens. Es wuchs bis 1960 auf 206 vH des

Arbeitnehmereinkommens. Die 1961 sichtbar werdenden Tendenzen einer Ausweitung des Anteils der Arbeitnehmer am Volkseinkommen kamen in den folgenden Jahren zum Stillstand.

VI

Ehrenberg bleibt bei der Kritik an Erhard nicht stehen. Ausgehend von der Feststellung, daß die Marktwirtschaft mit Makrosteuerung und sozialem Ausgleich allen anderen Wirtschaftsordnungen überlegen sei, fordert Ehrenberg eine Koordination der Wirtschafts-, Steuer- und Kreditpolitik in Richtung auf wachstumspolitische Zielsetzungen. Solange eine gerechtere Einkommensverteilung sowie die Geldwertstabilität nicht erreicht werde, könne von sozialer Marktwirtschaft nicht gesprochen werden.

Wie soll die Koordination der verschiedenen Sparten der Wirtschaftspolitik aussehen? Zur Förderung der Konjunktur sollten die Gewinne der Unternehmen nicht mehr nach ihrer absoluten Höhe, sondern nach ihrem Verhältnis zum Umsatz besteuert werden. Für einen großen Gewinn bei kleinem Umsatz solle ein höherer Steuersatz gelten als für einen kleinen Gewinn bei großem Umsatz. Die konzentrationsfördernden Bestimmungen im geltenden Umsatzsteuerrecht sollten abgebaut werden. Aus Gründen der strukturellen Anpassung der Produktion müsse die Mobilität der Arbeitskräfte vergrößert werden. Die Ausgabenpolitik des Staates müsse antizyklisch sein.

Ehrenberg verlangt von der Regierung weiter, daß sie die gewerkschaftliche Lohnpolitik bei ihrem Bemühen um eine gerechtere Einkommensverteilung unterstütze. Der Preisüberwälzung solle sie mit Mitteln, die der Marktwirtschaft angemessen sind, entgegenwirken. Durch Preissenkungen in Branchen mit hohem Rationalisierungseffekt müsse ein Ausgleich für die in den arbeitsintensiven Dienstleistungsbereichen unvermeidbaren Preissteigerungen gefunden werden. Mit der Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand und der Einführung des absoluten Verbotsprinzips in die Kartellgesetzgebung möchte Ehrenberg den Wettbewerb verbessern. Flexible Wechselkurse, mit deren Hilfe sich die Handelsbilanzen im Laufe der Zeit selbsttätig ausgleichen würden, hält er für das einzige einer freien Wirtschaftsordnung entsprechende Währungssystem. Um ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Investitionsgüterindustrien und dem hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgebliebenen Konsumgütersektor zu erreichen, müsse die Kreditpolitik stärker differenziert werden.

Der gewerkschaftliche Hintergrund des Autors gibt der „Erhard-Saga“ zusätzliches Gewicht. Herbert Ehrenberg, promovierter Volkswirt, Jahrgang 1926, ist wirtschaftswissenschaftlicher Berater der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden. Bereits in seinem Beitrag zu der im Jahre 1963 erschienenen Schrift „Lohnpolitik heute“<sup>2)</sup>, zeigte sich seine ungewöhnliche Fähigkeit zur funktionalen Darstellung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge. Sein neues Buch gewinnt besondere Bedeutung durch die Nähe des Termins der Bundestagswahl. Es ist die schärfste Kritik, die gegen den Wirtschaftspolitiker Erhard jemals vorgebracht wurde. Es ist zugleich ein Warnschuß für den Innenpolitiker Erhard. Sollte Erhard aus den Bundestagswahlen wieder als Kanzler hervorgehen, so würde ihn dieses Buch daran erinnern, daß er die Geduld der Interessenverbände nicht unbegrenzt attackieren darf.

Seine Ansicht über die wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik faßt Ehrenberg am Ende seines Buches zusammen: Bleibt der bisherige Zustand erhalten, so werden vielleicht schon unsere Söhne, bestimmt aber unsere Enkel in einer Industrienation zweiten oder dritten Ranges leben.

2) Herbert Ehrenberg; Franz Spiegelhalter: Lohnpolitik heute. Eine Auseinandersetzung. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1963. 166 S., brosch. 9,80 DM. Diese Schrift wurde in Heft 2/1964 der GM besprochen.